

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 7—8

Juli — August 1968

2 Schilling

Für ein Europa ohne Faschismus

Europäisches Treffen gegen den Neonazismus in Dachau

Am 22. Juni fand auf dem Gelände des ehemaligen Nazikonzentrationslagers in Dachau ein europäisches Treffen gegen den Neonazismus statt. Die österreichische Delegation bestand aus Angehörigen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und des KZ-Verbandes.

Bei der großen Kundgebung auf dem Appellplatz, wo einst die KZ-Häftlinge stundenlang stehen und kaum zu beschreibende Qualen erdulden mußten, sprachen 17 Redner aus verschiedenen europäischen Ländern:

Da sprach ein ehemaliger russischer Partisan, ein tschechischer Widerstandskämpfer, ein dänischer KZler und viele andere. Die Reden spiegelten das gemeinsame Schicksal jener Europäer wider, die das Grauen des Faschismus selbst erlebt haben.

Besonders eindrucksvoll waren die Rede des Ministers a. D. Müller, des letzten Lagerältesten von Dachau, der an den Geist der Lagerstraße erinnerte, und eine von Humanismus durchdrungene Ansprache der katholischen Schriftstellerin Luise Rinsler.

Aber es war bei dieser großen Kundgebung, die für alle Teilnehmer zum Erlebnis wurde, nicht nur von der Vergangenheit, sondern auch sehr viel von der neonazistischen Gefahr in der Gegenwart die Rede. Aufrüttelnd wirkten die Worte eines Pastors aus Schleswig-Holstein, der sich vor allem an die Jugend wandte.

Im Namen der Jugend sprach eine junge Funktionärin der westdeutschen Gewerkschaftsjugend, die unter anderem sagte: „Wenn junge Menschen für den Frieden, gegen die Notstandsgesetze und den Neonazismus demonstrieren, dann greift die Polizei ein, oft mit erschreckender Brutalität. Aber wenn die Unbelehrbaren provozieren, rührt sich bei uns in der Bundesrepublik die Polizei nicht.“

Alle deutschen, aber auch einige ausländische Redner forderten das Verbot der neonazistischen NPD und der berüchtigten „Deutschen Nationalzeitung und Soldatenzeitung“.

Immer wieder wurde betont, daß Faschismus Krieg bedeutet und daher der Kampf gegen den Neonazismus auch ein Kampf für die Erhaltung des Friedens ist. Vor der Unterschätzung der neonazistischen Gefahr warnten alle Redner.

Für ein Europa ohne Faschismus

Genosse Josef Hindels sagte im Namen der österreichischen Delegation unter anderem:

„Die Vergangenheit wurde von den Mächtigen und Etablierten nicht bewältigt, sondern verdrängt und vertuscht. Deshalb vergiftet sie die Gegenwart. Weil die Antifaschisten nicht blind sind für das Neue, haben sie erkannt, daß sich auch der Nazismus gewandelt hat, daß wir es heute mit einem neuen Nazismus zu tun haben, der sich den Verhältnissen in

der Welt nach Hitler geschickt anzupassen versteht.

Den österreichischen Antifaschisten ist von ihren Gegnern oft der Vorwurf gemacht worden, sie seien in der Vergangenheit stecken geblieben.

Was sich in der letzten Zeit in Westdeutschland, bei uns in Österreich und in anderen Ländern ereignet hat, beweist, wie unberechtigt dieser Vorwurf ist.

Wenn es in Westdeutschland eine neonazistische Partei und eine über diese Partei hin-



ausgehende neonazistische Aktivität gibt, dann ist auch Österreich vom Neonazismus bedroht.

Mit der Jugend gegen den Neonazismus

- Die österreichischen Antifaschisten sind zu der Auffassung gekommen, daß der Kampf gegen den Neonazismus nur erfolgreich geführt werden kann, wenn an ihm die junge Generation teilnimmt. Es haben daher unsere Verbände beschlossen, auch junge Menschen in ihre Reihen aufzunehmen.

Bei den blutigen Auseinandersetzungen, die wir vor drei Jahren bei den Demonstrationen gegen den Naziprofessor Borodajkewycz in den Straßen Wiens hatten, standen alte, grauhaarige Widerstandskämpfer in einer Front mit jungen Arbeitern und Studenten.

- Damals fiel der erste österreichische Märtyrer im Kampf gegen den Neonazismus Ernst Kirchweger.

Wenn wir österreichischen Antifaschisten der Toten gedenken, die als Opfer des barbarischen Naziregimes starben, dann verneigen wir uns auch vor Ernst Kirchweger, der 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des Naziregimes sein Leben im Kampf gegen den Neonazismus verlor.

- Im Geiste Kirchwegers wollen wir gemeinsam mit allen anderen antifaschistischen Organisationen kämpfen: Für ein Europa ohne Faschismus, für ein Europa des Friedens und der Völkerverfreundschaft.

Was ist los mit unserer Jugend?

Kritische Bemerkungen zu den Problemen: Jugend und „Neue Linke“

Jahrelang wurde über die Jugend geschimpft, weil sie unpolitisch sei, sich nicht engagiere, nichts von den großen Kämpfen der Vergangenheit wissen wolle. „Den jungen Leuten“, so argumentierten manche Ältere, „geht es eben zu gut. Sie haben alles auf dem Präsentierteller bekommen.“

Jetzt wird wieder über die Jugend geschimpft, aber mit einer ganz anderen Begründung: Die jungen Menschen sind plötzlich zu politisch, zu engagiert, zu kämpferisch geworden. Vor allem die studentische Aktivität gilt als schädlich und antidemokratisch.

Wer die Frage geschichtlich betrachtet, weiß, daß es in der Gesellschaft und auch in der Arbeiterbewegung immer einen Generationskonflikt gegeben hat. Otto Bauer beschäftigte sich in einer Rede an die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) sehr ausführlich mit diesem Generationskonflikt: Damals warfen die alten Genossen, die noch an den Wahlrechtskämpfen in der Habsburgmonarchie teilgenommen haben, den Jugendlichen vor, es fehle ihnen das Verständnis für diese Kämpfe der Vergangenheit, es gehe ihnen scheinbar in der Republik zu gut. Bauer betonte, daß jede junge Generation ihre eigenen Erfahrungen machen und sich mit den Problemen ihrer Zeit auseinandersetzen muß.

Das gilt auch für die Jugend von heute. Sie hat sich zunächst nicht engagiert, weil es in den Jahren des Wiederaufbaus und der langanhaltenden Konjunktur so aussah, als ob die Alten mit allen Problemen allein fertig würden. In letzter Zeit hat die Jugend — nicht nur bei uns, sondern überall in der Welt — das Gefühl: Die Alten werden mit den dringendsten Problemen nicht mehr fertig. Das ist die tiefste Ursache der jugendlichen Unruhe, die in Explosionen, zuweilen auch in häßlichen Exzessen zum Ausdruck kommt.

Statt wie hypnotisiert auf diese Exzesse zu starren, sollten wir uns lieber die Frage stellen: **Mit welchen Problemen ist die ältere Generation nicht fertig geworden?**

Der bedrohte Weltfrieden

Da ist zunächst das Problem des **Weltfriedens**. Während in der sogenannten Dritten Welt Millionen Menschen hungern und verhungern, werden gigantische Beträge in die Kriegsrüstung investiert und immer grauhaftere Vernichtungsmittel hergestellt.

In Vietnam führt Amerika einen furchtbaren Krieg, um dort ein reaktionäres, korruptes Regime am Leben zu erhalten, das vom vietnamesischen Volk abgelehnt wird.

Es ist daher kein Zufall, daß die Losung „Schluß mit dem Krieg in Vietnam“ bei allen Jugend- und Studentendemonstrationen zu hören ist. Mit Recht erklären die jungen Demonstranten, daß dieser Krieg in Ostasien, wenn er nicht rechtzeitig beendet wird, in die Katastrophe eines atomaren Weltkrieges führen könnte.

Wenn auch die **Formen** der jugendlichen Antikriegsdemonstrationen nicht immer glücklich gewählt sind, so müssen wir doch zugeben, daß sie einem echten Bedürfnis der bedrohten Menschheit entsprechen.

Statt auf die Jugend zu schimpfen, wäre es daher richtiger, die **eigenen** Anstrengungen im Kampf für die Erhaltung des Friedens zu verstärken und damit den jungen Menschen zu beweisen, daß auch die ältere Generation bereit ist zum Engagement.

Die Ursachen der studentischen Unruhe

Bei den Studenten kommt noch als Ursache des Unbehagens die Rückständigkeit der Hochschulen, die

Unterentwicklung der Bildungseinrichtungen hinzu: Während die Zahl der Studenten in allen modernen Industrieländern ständig steigt, sind die Hörsäle, Seminare und Laboratorien zu eng geworden.

Diese räumliche Enge und die zu geringe Zahl der Hochschullehrer haben dazu geführt, daß sich auf den Hochschulen ein fast industrieller Massenbetrieb entwickelt: Auf dem laufenden Band werden Fachleute (von den oppositionellen Studenten „Fachidioten“ genannt) produziert. Der Student hat weder Kontakt mit seinem Professor noch bekommt er auf die über sein Fachgebiet hinausgehenden, die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge berührenden Fragen eine Antwort.

Auch die Exzesse und Übertreibungen extremer studentischer Minderheiten dürfen uns daher nicht vergessen lassen, daß die Forderung der Studenten nach einer gründlichen, zeitgemäßen Hochschulreform berechtigt ist.

Und schließlich ist es kein Verbrechen, für eine berechnete Forderung, die seit Jahren nicht erfüllt wird, auf die Straße zu gehen. Auch die Arbeiter sind für das geheime Wahlrecht, den Achtstundentag und andere, heute zur Selbstverständlichkeit gewordene Forderungen auf die Straße gegangen. Es ist nicht undemokratisch, zu demonstrieren!

Jugend und Faschismus

Die oppositionellen linken Kräfte, die es heute in der Jugend gibt, sind antifaschistisch. Aber wir machen oft die Entdeckung, daß junge Menschen Erklärungen, die bei feierlichen Anlässen, Totengedenkfeiern und Kundgebungen abgegeben werden, skeptisch beurteilen. Sie halten nicht viel von dem, was sie „Sonntagsreden“ nennen. In ihren Augen ist die ältere Generation, auch wenn sie einst noch so große Opfer gebracht hat, **unglaublich** geworden.

Statt uns über diese Respektlosigkeit der Jugend zu ärgern oder gar beleidigt zu sein, sollten wir nach den tieferen Ursachen forschen. Wir werden dann erkennen, daß die jungen Menschen das sehen, was viele von uns Älteren auch sehen, worüber wir aber nicht gerne sprechen: **die Kluft, die das feierliche Bekenntnis von der Praxis trennt.**

Da wird zum Beispiel ein ehemaliges Konzentrationslager besucht. Und an dem Ort, wo soviel Blut und Tränen geflossen sind, erklären prominente Politiker: „Niemals vergessen!“ Es folgen glühende Bekenntnisse zur Demokratie und zur demokratischen Wachsamkeit.

Aber in der Tagespolitik ist davon wenig zu merken: Da werden den Nazis, um deren Stimmen seit Jahren gebuhlt wird, Konzessionen gemacht. Nazivereine erhalten von der Republik Österreich große Vermögenswerte. Belastete Nazis bekleiden wichtige Funktionen in Staat, Verwaltung und Wirtschaft. Nazizeitungen und Nazibücher erscheinen unbehindert, obwohl sie bestehende Gesetze verletzen. Es ist wieder erlaubt, gegen die Juden zu hetzen, Widerstandskämpfer zu beleidigen und den Hitlerkrieg zu verherrlichen. Die Staatsanwälte stellen sich blind und taub.

Dieses **Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis** — das ist es, was die Jugend als untragbar empfindet und wogegen sie revoltiert. Daß sie bei dieser Revolte oft über die Stränge haut, Fehler begeht, dem Gegner Argumente liefert — das gehört nun einmal zu jenem **Lernprozeß**, den jede junge Generation durchmachen muß. Wir sollten diese Fehler und Übertreibungen der Jungen kameradschaftlich kritisieren, aber dabei das Wesentliche nicht vergessen:

Die Jugend hat recht, wenn sie gegen den weitverbreiteten Opportunismus protestiert. Dieser Opportunismus ist der Wegbereiter einer neuen faschistischen Gefahr.

Die Jugend hat recht, wenn sie verlangt, daß auf antifaschistische Reden auch antifaschistische Taten folgen müssen, daß es zwischen Theorie und Praxis keine Kluft geben darf.

Die Jugend hat recht, wenn sie das „Niemals-Vergessen“ bitter ernst nimmt und verlangt, daß den neuen Anfängen des Faschismus rechtzeitig gewehrt wird.

Jugend und „Neue Linke“

Teile der studierenden und arbeitenden Jugend sympathisieren mit der sogenannten „Neuen Linken“. Diese Strömung enthält neben viel revolutionärem Elan und ehrlichem Willen zur Änderung der Gesellschaft auch verworrene, zum Teil anarchistische Konzepte.

Aber die meisten dieser „Neuen Linken“ sind weder Anarchisten noch Angehörige anderer Sekten, sondern verzweifelte, zutiefst unzufriedene junge Sozialisten. Die „Neue Linke“ ist die **Sühne für alle opportunistischen Sünden**, die sich unsere eigene Bewegung hat zuschulden kommen lassen. Wir müssen den Mut haben, diese unbequeme Wahrheit auszusprechen — auch wenn es weh tut.

Sicherlich ist für Menschen, die sektiererischen Gruppen angehören und spalterische Pläne verfolgen, in der Sozialistischen Partei kein Platz. Aber es handelt sich dabei um eine kleine Minderheit.

Die Mehrheit der unzufriedenen Jungen besteht aus Sozialisten, denen der Sozialismus viel bedeutet, die so fühlen, wie wir sozialistischen Freiheitskämpfer in unserer Jugend gefühlt haben. Nur gelingt es diesen Jungrebellern oft nicht, die richtigen Worte zu finden und die richtigen Formen des Protestes zu entwickeln.

Sie provozieren und schockieren aus Verzweiflung. Und sie begehen manche Dummheit, nicht weil sie dumm sind, sondern weil sie auf sich und ihre Verzweiflung aufmerksam machen wollen.

Es gilt, dafür zu sorgen, daß diese Jugend, von der eine **heilsame Unruhe** ausgeht, der Partei und der Arbeiterbewegung erhalten bleibt. Der Sozialismus kann nicht mit satten Bürgern erreicht werden, die sich mit der bestehenden Gesellschaft abgefunden haben und bestrebt sind, sich ihr anzupassen.

Wir haben daher allen Grund, uns darüber zu freuen, daß es junge Sozialisten gibt, die zu dem, was ist, nein sagen und entschlossen sind, eine neue, bessere Welt zu bauen.

Die Vergasteten sind schuld

Ein in Österreich erschienenes Buch verteidigt Hitlers Verbrechen und die Nürnberger Rassengesetze

Vor einigen Jahren erschien im Verlag Welsermühl in Wels das Buch des inzwischen ins Ausland geflohenen Grazer Neonazis Theodor Soucek „Wir rufen Europa“. Auf Grund einer Strafanzeige wurde von der Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben und Souceks Buch wegen seines nazifreundlichen und antisemitischen Inhalts verboten.

Nunmehr ist ein in der Druck- und Verlagsanstalt Welsermühl in Wels hergestelltes, im Selbstverlag herausgebrachtes Buch von DDDR. Franz Scheidl, „Deutschland und die Juden“, erschienen, das Theodor Souceks Haßtiraden gegen die Juden und seine Verteidigung Hitlers noch übertrifft.

Wie aus der Bundesrepublik Deutschland bekannt wird, erfreut sich dieses neonazistische Machwerk dort weiter Verbreitung in den Kreisen der NPD, wobei unser Österreich von den deutschen Neonazis gelobt wird, weil es die Herausgabe solcher Bücher nicht behindert.

Eine geistige Auseinandersetzung mit Franz Scheidl ist unmöglich: Mit dem braunen Ungeist, der Auschwitz verschuldet und nichts gelernt hat, kann man nicht diskutieren. Wir wollen uns daher darauf beschränken, einige Zitate anzuführen, die nicht aus dem Zusammenhang gerissen sind, sondern die wesentlichen Auffassungen des Autors widerspiegeln.

Im historischen Teil des zirka 320 Seiten umfassenden Buches werden die Juden so charakterisiert, wie das der barbarischen Rassenlehre des Nazismus entspricht:

● „In maßloßer Selbstüberhebung halten sich viele Juden in geistiger Hinsicht allen Nichtjuden für weit überlegen.“ (Seite 14.)

In einer hämischen Fußnote wird bemerkt: „Tatsächlich rühmen sich viele Juden, daß sie die Fähigkeit und Redegewandtheit besäßen, ihren Mitmenschen alles einzureden, selbst das Weiße als schwarz und das Schwarze als weiß.“

Wie alle Antisemiten und Pogromhetzer beruft sich auch Scheidl immer wieder auf den Talmud, der angeblich die Juden tiefste Verachtung, ja Haß gegen alle Nichtjuden lehre, die wert seien, ausgerottet zu werden.

Die Gefahr, die der Menschheit auch heute vom „Weltjudentum“ drohe, wird von Scheidl an vielen Stellen seines Buches im unverfälschten „Stürmer“-Stil beschrieben.

● „Aber darin, daß die von diesem krankhaften Wahn befallenen und besessenen Menschen die politische und geistige Führung der Judenheit, vor allem aber die Erziehung der jüdischen Jugend in ihren Händen haben, liegt eine eminente Gefahr. Wenn diesen Phantasten die Erziehung der Jugend in ihrem nationalistischen Geist gelingt — und alle Anzeichen sprechen dafür —, dann wächst eine jüdische Generation heran, der alle notwendigen Voraussetzungen zu einem gedeihlichen Zusammenleben mit uns anderen, gewöhnlichen, ‚geistig niedriger stehenden‘, minderwertigen, nichtjüdischen Menschen in einem bedenklich hohen Maße fehlen.“ (Seite 20.)

Alle nichtjüdischen Völker sind nach Scheidl in der Gegenwart vom „Weltjudentum“ bedroht. Am gefährlichsten sei die „Verjudung“ internationaler Einrichtungen.

Arbeitsscheue Juden beherrschen die UNO

Als Beispiel dieser gefährlichen Verjudung führt Scheidl die UNO an:

● „Die Tatsache, daß viel Juden sehr sprachkundig und redigewandt sind und viele von ihnen es vorziehen, lieber redigewandt zu schwätzen als mühsam einem anstrengenden Beruf nachzugehen, macht die UNO — wie überhaupt alle internationalen Organisationen — zu beliebten Tummelplätzen von solchen Juden.

Man kann die Zeit absehen, wo die meisten Staaten in der UNO und in den angeschlossenen Organisationen von solchen sprachkundigen, redigewandten, aber im Grunde arbeitsscheuen Juden vertreten sein werden; von Menschen, denen in der Regel noch dazu das notwendige gründliche Wissen und die notwendigen Charaktereigenschaften für ihr Amt und seine Aufgabe weitgehend fehlen.“ (Seiten 20, 21.)

Diese freche Beleidigung der UNO und der wenigen in ihr tätigen Menschen jüdischer Herkunft ist bezeichnend für den grenzenlosen Haß Scheidls gegen die Juden. So muß Adolf Hitler gehaßt haben, als er den Befehl zur Endlösung, zur Errichtung von Vernichtungslagern mit Gaskammern gab!

Scheidl und die „Protokolle der Weisen von Zion“

Einen breiten Raum nehmen in Scheidls Abhandlung über den jüdischen Charakter die „Protokolle der Weisen von Zion“ ein. Obwohl heute einwandfrei feststeht, daß es sich bei diesen „Protokollen“ um eine plumpe, an die niedrigsten Instinkte appellierende Fälschung handelt, erklärt der neonazistische Autor, er wisse nicht, ob dieses Dokument echt oder falsch sei.

Nachdem er ellenlange Zitate aus den „Protokollen der Weisen von Zion“ mit sichtlichem Genuß zitiert hat, fügt er folgenden Kommentar hinzu:

● „Die internationalen zionistischen Weltorganisationen, die die ganze Erde wie ein Spinnennetz umspannen, entsprechen in ihrer Wirksamkeit haar-

genau dem in den angeblichen ‚Protokollen‘ festgelegten Plan.“ (Seite 23.)

Verfolgung der Juden — eine jüdische Übertreibung

Auf vielen Seiten beschäftigt sich Scheidl mit der Geschichte der Judenverfolgungen. Er kommt zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. Die Juden haben stets die Judenverfolgungen selbst verschuldet.

2. Es ist ihnen dabei nicht viel geschehen.

3. Die Juden haben die Judenverfolgungen zu allen Zeiten maßlos übertrieben, wie überhaupt die Übertreibung eine jüdische Charaktereigenschaft ist.

Aus Raummangel begnügen wir uns mit einem kurzen Auszug aus dem Original:

● „Die Behauptung vieler Juden, sie seien die meist- und schwerverfolgte Minderheit in der Geschichte gewesen, ist völlig unrichtig und maßlos übertrieben. Die Leiden und Opferzahlen der Juden sind winzig und verschwindend im Vergleich zu den Opfern und Leiden vieler anderer Minderheiten.

Nach den maßlos übertriebenen jüdischen Berichten müßte das jüdische Volk in den verschiedensten Gegenden der Erde schon einige hundert Male vernichtet und ausgerottet worden sein.“ (Seiten 27, 28.)

Verteidigung der Hitlerschen Massenmorde

Die gleiche Haltung wie zu den Judenpogromen der Vergangenheit nimmt Scheidl auch zu den Massenmorden an den Juden im Nazireich ein. So behauptet er, daß Untersuchungen über die Judenpogrome in Rußland und Polen vor dem ersten Weltkrieg ergeben hätten, daß es gar nicht so arg war.

Und angesichts von Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern wagt es Scheidl, die Worte hinzuzufügen:

● „Leider fanden sich nach dem zweiten Weltkrieg keine Untersuchungskommissionen zur Überprüfung der Berichte der Greuellügen-Hetzpropaganda.“ (Seite 32.)

In einer wütenden Polemik gegen den Schriftsteller Hochhut heißt es unter anderem:

„Hochhuts Methode ist ebenso primitiv wie wirksam: Ohne Rücksicht auf die bisherige zeitgeschichtliche Kritik und Widerlegung faßt er die üblichen Lügen und Bezeichnungen der Greuellügen-Propaganda zusammen in bühnenwirksamer Szenerie — zur Verfemung des deutschen Volkes gesellt sich die Verfemung des Papstes und der katholischen Kirche. Die Grundlage seiner Beschuldigungen ist die längst widerlegte Sechs-Millionen-Lüge.

Aus dieser Lüge entwickelt er alles andere. Die Kirche hat sich leider in eine sachliche Diskussion mit diesem rein auf Sensationsmache abgestellten Autor eingelassen und ihm dadurch eine Bedeutung zuerkannt, die ihm niemals zukommt.

Die Kirche hat es vor allem verabsäumt, das Fundament der Anklage, die Sechs-Millionen-Lüge, von vornherein entschieden zurückzuweisen.“ (Seite 73.)

Scheidl, der sich selbst als „Katholik“ bezeichnet, klagt die Kirche auch an anderen Stellen an, weil sie die historische Wahrheit, daß über 6 Millionen Juden von den Nazibestien vergast wurden, nicht leugnet.

Hinaus mit dem Juden Schnitzler!

Mit neurotischem Haß verfolgt Scheidl die „zerstrende jüdische Literatur“. Was er dazu im Jahre 1968 schreibt, könnte wörtlich aus dem „Stürmer“ der dreißiger Jahre entnommen sein. In einem eigenen Kapitel beschäftigt er sich mit dem Theaterstück „Professor Bernhardt“ von Arthur Schnitzler: Was der Jude Schnitzler in diesem Stück den Juden Bernhardt sagen läßt, ist nach Scheidl „talmudisches Geschwätz“. Und dann reitet er eine seiner Attacken gegen die jüdische und judenhörige Presse:

● „Die übertriebene Bewunderung des verlogenen jüdischen Tendenzstückes durch die jüdische und judenhörige Publizistik, das hysterische Beifallsgeschrei der Kritik ist einfach widerlich. Wenn

heute ein taktloser Schreiberling sich vermessen würde, die Anhänger etwa der islamischen Religion, die Bekenner des buddhistischen oder sonst irgendeines Glaubens in ihrem tiefsten gläubigen Empfinden zu verletzen, würde die ganze gesittete Welt sich — mit Recht — zutiefst dagegen empören. Und der christliche Glaube soll gegenüber der jüdischen destruktiven Tendenz-Schriftstellerei vogelfrei sein?“ (Seite 76.)

Scheidl behauptet, was keineswegs zutrifft, daß Schnitzler in seinem Problemstück „Professor Bernhardt“ die christliche Religion beleidigt habe. Aber Scheidl selbst scheut nicht vor der größten Beleidigung der jüdischen Religion zurück, obwohl ihm als Jurist bekannt sein dürfte, daß auch diese Religionsgemeinschaft in der Republik Österreich gesetzlich geschützt ist.

Schmähung der jüdischen Religion

Scheidl will seinen Lesern einreden, die jüdische Religion sei eine Mörderreligion, sie verpflanze die gläubigen Juden zum mörderischen Haß gegen alles Nichtjüdische:

„Diese bis zum tödlichen Haß gehende, bis zum Wunsche auf Ausrottung und Vernichtung alles Nichtjüdischen gehende Feindschaft des Judentums gegenüber dem Christentum kommt in allen religiösen Schriften des Judentums an ungezählten Stellen und in der Haltung vieler Juden klar zum Ausdruck.

Dazu kommt noch ein anderes: Die Fremdheit, die für Nichtjuden bestehende Undurchsichtigkeit der jüdischen Lehre und des jüdischen Ritus führte weitverbreitet zum Verdacht, ja vielfach zum überzeugten Glauben, daß neben diesen ausdrücklich schriftlich festgelegten Feindschafts- und Vernichtungsgeboten auch noch mündlich überlieferte ‚Geheimgesetze‘ bestünden, deren schriftliche Niederlegung wegen ihres ungeheuerlichen Inhalts vermieden werde.

Dieser Glaube, diese Überzeugung ist es, die — neben anderen Gründen — den sogenannten ‚Protokollen der Weisen von Zion‘ — ohne Rücksicht darauf, ob sie echt sind oder nicht — so überzeugend durchschlagende und nachhaltige Wirkung verschaffte.“ (Seite 103.)

Bekanntlich haben sich auch die Erfinder der Ritualmordlüge auf diese jüdischen „Geheimgesetze“ berufen. Es ist daher nicht schwer zu erkennen, an welche Instinkte des mittelalterlichen Fanatismus Scheidl appelliert. Es soll wieder, wie es in einem alten Nazillied heißt, „Judenblut vom Messer spritzen“ ...

Märchen vom „jüdischen Kommunismus“

Als gelehriger Schüler von Hitler und Rosenberg erzählt Scheidl auf mehreren Seiten das Märchen vom „jüdischen Kommunismus“ und vom „Weltjudentum“, das hinter allen roten Revolutionen stehe:

„Die Juden haben eine tiefgehende Neigung zur kommunistischen Ideologie. Die Juden sind die Hauptinitiatoren, die Hauptverfechter des Kommunismus in aller Welt. Sie waren bei allen kommunistischen Umstürzen in Europa maßgeblich und führend beteiligt.

Ohne Juden gäbe es kein kommunistisches Rußland, kein kommunistisches Ungarn, kein Polen, Jugoslawien und Rumänien, auch keine kommunistische ČSSR. Auch in den USA sind die geistigen Führer und Stützen des Kommunismus Juden. Nach den amerikanischen Zeitungsberichten sind die Veräter des größten Geheimnisses der Welt, der Pläne für die Herstellung der amerikanischen Atombombe, an die Sowjetunion zu 99 Prozent Juden.“ (Seite 113.)

Nicht die Nazimörder, die Ermordeten sind schuld

Scheidl nimmt zur Judenpolitik Hitlers — eine Frage, der vorsichtiger Neonazis auszuweichen pflegen — klar Stellung. Zunächst erklärt er, schuld an allem, was gegen die Juden von den Nazis unternommen wurde, seien die Juden. Sie hätten gegen Deutsch-

land zum Krieg gehetzt und seien daher auch am Ausbruch des zweiten Weltkrieges mitschuldig. Aber diese Ungeheuerlichkeit muß man zumindest auszugsweise im Original lesen:

„Das gesamte Weltjudentum drängte, die Westmächte zu einem Kriege gegen Deutschland zu bewegen; das geht nicht nur aus den mehrfachen Kriegserklärungen der höchsten Vertreter der Judenheit an Deutschland hervor. Die Kriegs- und Greuelhetze der Judenheit gegen Deutschland war so intensiv und so umfassend, daß sich der deutsche Reichskanzler veranlaßt sah, zu den Vernichtungsdrohungen der Judenheit Stellung zu nehmen (Berlin am 31. 1. 1939):

„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum gelingen sollte, die Völker in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis die Vernichtung des Judentums sein.“

So aber spricht kein Mensch, der selbst den Krieg will, kein Mensch, dessen Plan und Ziel die Entfesselung eines Krieges ist.

So spricht ein Mensch, den die Besorgnis und die Furcht vor einem Kriege zur brutalsten Drohung gegen die Kriegshetzer und Kriegstreiber verleitet.“ (Seite 195.)

Adolf Hitler, der seit seiner Machtübernahme im Jahre 1933 fieberhaft aufrüstete und den Krieg planmäßig vorbereitete, hat sich also nach Scheidl nur gegen das Deutschland bedrohende „Weltjudentum“ gewehrt! Kann man infamer die Zeitgeschichte verfälschen?

Scheidl leugnet, wie Theodor Soucek und alle anderen Neonazis, die Vergasung von über sechs Millionen Juden, bestreitet aber die übrigen antijüdischen Maßnahmen: Deportierung, Zwang zum Tragen des Judensterns usw. nicht. Alle diese sadistischen Quälereien einer hilflosen Minderheit werden von ihm auch heute gutgeheißen und völkerrechtlich begründet:

„Damit wurde Deutschland genötigt, die Kriegshandlungen gegen das jüdische Volk zu erwidern und Schutzmaßnahmen gegen die Bedrohung durch die Judenheit zu ergreifen; alle diese Maßnahmen aber — die in normalen Zeiten und unter normalen Umständen unsittlich gewesen wären — waren als Kriegsmaßnahmen völkerrechtlich zulässig.“ (Seite 259.)

Bekennnis zu den barbarischen Rassegesetzen

Scheidl bekennt sich auch heute zu den barbarischen Nürnberger Rassegesetzen, die er als europäisch und humanistisch bezeichnet:

„Die deutsche Rassenlehre war also auf dem Gebiete der Rassenpolitik 1933—1945 eine Lehre der gegenseitigen Rassenachtung, der grundsätzlichen Reinhaltung jeder Rasse.

Die Rassenpolitik und die Rassengesetzgebung traten für die Reinhaltung jeder Rasse und für den absoluten Schutz der Eigenart jeder Rasse ein.“

Vor diesem Bekenntnis zum verbrecherischen Rassenwahn der Nazis zitiert Scheidl Stellen aus berühmten Hitlerreden und fügt von sich aus die Frage hinzu:

„Welcher Deutsche, welcher Europäer, welcher Humanist, welcher Demokrat könnte diese Worte (Adolf Hitlers) nicht unterschreiben?“ (Ebenda.)

Eine Schande für Österreich

Wie bekannt wird, sind weitere Bücher Scheidls in Vorbereitung. Es ist für Österreich, das sich im Staatsvertrag verpflichtet hat, auf seinem Territorium keine nazistischen Umtriebe zu dulden, eine Schande, daß ein solches neonazistisches Machwerk hier geschrieben, gedruckt, verbreitet und ins Ausland exportiert wird.

Nachdem die Behörden über den gesetzwidrigen, eindeutig nazistischen und antisemitischen Charakter des Buches „Deutschland und die Juden“ von DDDr. Franz Scheidl informiert sind, ist es ihre Aufgabe, dem Verfasser und seinen Hintermännern das Handwerk zu legen.

Ein neuer Skandal

Die ÖVP-Bundesregierung setzte in den vergangenen Monaten einige Taten, die jeden Patrioten aufhorchen lassen müßten.

Unter anderem trägt sich die Bundesregierung noch immer mit der Absicht, rund 40 Millionen Briefmarken mit dem Porträt Adolf Hitlers, die zu Hitlers Geburtstag, am 20. April 1943, aufgelegt wurden, in den Handel zu bringen. Obwohl die Sozialisten im Nationalrat bei mehreren Anlässen darauf hingewiesen haben, wie sehr ein solches Vorgehen dem Ansehen Österreichs im Ausland schaden könnte, will die Regierung diese Marken verkaufen. Wir übersehen nicht, daß die Bundesregierung dringend Geld braucht, aber wir meinen, auf 4 oder 5 Millionen Schilling, die der Erlös der Hitlermarken erbringen würde, könnte sie ruhig verzichten. Wohl die deutlichste Abfuhr in dieser Sache erhielt die Bundesregierung vom Postminister der Bundesrepublik, der, als man ihn fragte, wie er über den Verkauf dieser Marken in der Bundesrepublik denke, erklärte, seiner Meinung nach bestünde für derartige Marken in der Bundesrepublik kein Interesse.

Auf Briefmarken kommen im allgemeinen Porträts von Menschen, die sich hervorragend bewährt und überdurchschnittliche Leistung erbracht haben. Was hat uns Adolf Hitler hinterlassen? Millionen Tote in einem zerstörten Europa!

Sollten daher die Briefmarken tatsächlich in den Verkauf gelangen, wäre Österreich um einen Skandal reicher. Nun, ähnliche Skandale hat es in jüngster Zeit mehrere gegeben.

Es geschieht zum Beispiel immer noch sehr wenig für die staatsbürgerliche Erziehung. Anlässe, die geeignet wären, die jüngste Geschichte unseres Landes in den Schulen zu erörtern, werden übergangen. Dafür duldeten die Behörden sehr lange das Treiben eines unbeherrschbaren Hochschulprofessors, und es werden Hochschullehrer berufen, die sich von ihrer politischen Vergangenheit immer noch nicht gelöst haben. Und wir tun auch nichts gegen den Vertrieb von Zeitungen, die immer noch nationalsozialistisches Gedankengut verherrlichen.

Ein solches Verhalten führt dann zu unverständlichen Freisprüchen in Judenmordprozessen, führt zu Fehlentscheidungen der Geschworenen in Terrorprozessen und ermuntert Leute, die in der Zeit des Nationalsozialismus als „Schriftsteller“ wirkten, sich zusammenzufinden, um, wie jüngst in Oberösterreich, in der Vergangenheit zu schwelgen. Kein Wunder, daß man im Ausland unsere Beteuerungen, mit dem Ungeist der Vergangenheit zu brechen, nicht mehr ernst nimmt.

Zu den angeführten Vorkommnissen kommt nun ein Beschluß des österreichischen Nationalrates, der den Bundesminister für Finanzen ermächtigt, bundeseigene Vermögenswerte dem Verein „Südmark“ ohne Entgelt zu übertragen. Bei den Vermögenswerten handelt es sich um solche, die vor dem Jahre 1938 im Eigentum des Deutschen Schulvereines oder des Deutschen Schulvereines „Südmark“ standen. Diese Vereine, heißt es in den erläuternden Bemerkungen zu dem Bundesgesetz, wurden in der nationalsozialistischen Zeit aufgelöst und ihre Vermögenswerte dem ehemaligen „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ übertragen. Dieser Verein wurde im Jahre 1945 als nationalsozialistische Organisation aufgelöst.

Ehe wir uns dem Wirken des vor einigen Jahren wiedererstandenen Vereines „Südmark“ widmen, soll daran erinnert werden, unter welchen Umständen der Deutsche Schulverein „Südmark“ im Jahre 1938 in den „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ aufging.

„Die Auflösung des Deutschen Schulvereines ‚Südmark‘ in den ‚Verein für das Deutschtum im Ausland‘ vollzog sich in der Hauptversammlung am 8. Mai 1938“ — so ist es den Gerichtsakten zu entnehmen —, „unter nicht endenwollenden Beifall.“

Der damalige Obmann des Deutschen Schulvereines „Südmark“ sagte dabei: „Der Kampf ist zu Ende: Der deutsche Mensch der Ostmark steht im Tor einer neuen

Zeit, das einer aufgeschlagen hat, dessen Kraft und Größe noch überhöht werden durch seine tiefe und klare Menschlichkeit; und wenn der Deutsche Schulverein Südmark heute seine in hartem Kampfe errungene Gegenwart seinem (Hitlers) Willen einordnen darf, geschieht das in tiefer Dankbarkeit, daß es wieder ein Fest ist, Deutscher mit Deutschen zu sein.“

Diese Haltung veranlaßte die Rückstellungskommission, beim Oberlandesgericht Wien vom 16. Mai 1957 die Vermögensrückgabe mit folgender Begründung abzulehnen: „... nach dem Wortlaut dieses Beschlusses kann an dem Willen sämtlicher Funktionäre der Hauptversammlung zur bedingungslosen Eingliederung des Deutschen Schulvereines ‚Südmark‘ in den ‚Verein für das Deutschtum im Ausland‘ unter Übertragung des Vereinsvermögens nach Ansicht der Oberkommission kein Zweifel bestehen.“

Heute gibt es wieder Vereine, deren Vereinszweck die Volkstumsarbeit ist. Diese haben schon 1960 versucht, die Vermögenswerte des seinerzeitigen Deutschen Schulvereines „Südmark“ zurückzubekommen. Dazu fehlte bisher ein rechtmäßiger Titel. Dieser wurde durch das schon erwähnte Bundesgesetz, betreffend Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften, vom Nationalrat in seiner Sitzung am 19. Juni 1968 mit den Stimmen der ÖVP- und FPÖ-Abgeordneten geschaffen. Der Bundesrat beschloß mit Mehrheit, dieses Gesetz zu beeinspruchen. Die Sache ging noch einmal in den Nationalrat und wurde am 5. Juni 1968 wieder mit den Stimmen der ÖVP- und FPÖ-Abgeordneten beschlossen. Das bedeutet, der Verein „Südmark“ bekommt ohne Entgelt Liegenschaften und Grundstücke aus dem Eigentum der Republik Österreich.

Noch vor der Behandlung im Nationalrat wendete sich der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus in Schreiben an die Klubs der im Nationalrat vertretenen Parteien mit dem Ersuchen, von einer Übertragung bundeseigener Vermögenswerte an den Verein „Südmark“ Abstand zu nehmen. Dies vor allem deshalb, weil das bisherige Wirken des „Alpenländischen Kulturverbandes Südmark“, des Vereines „Südmark“, des Deutschen Schulvereines in Wien und des Kärntner Schulvereines „Südmark“ eine loyale Haltung gegenüber der Republik Österreich leider nicht erwarten läßt. Zahlreiche Artikel und programmatische Leitsätze, die in Publikationen der erwähnten Vereine enthalten sind, beweisen das.

So heißt es in den programmatischen Grundsätzen des Alpenländischen Kulturverbandes „Südmark“ unter anderem: „Der deutsche Österreicher weiß, daß er einem Volke angehört, das auch in verschiedenen Staaten nach Herkunft, Sprache, Kultur und Schicksal ein Ganzes bildet.“ In einem Rundbrief des genannten Vereines heißt es: „Wenn ich Deutschland sage, dann meine ich alles deutsche Land in Europa, soweit es zusammenhängend deutsch besiedelt ist oder bis zur Vertreibung deutsch besiedelt war. Der deutsche Schriftsteller, von dem hier die Rede sein soll, schreibt nicht nur deutsch, er fühlt und denkt auch deutsch, er fragt und strebt und antwortet als Deutscher...“ Sehr aufschlußreich ist auch folgender Absatz: „Unsere engere Heimat, die österreichischen Alpenländer, umfassen den südlichen Grenzstreifen deutschen Volksbodens. Aus dieser Tatsache erwächst uns die Pflicht, deutschen Volksbesitz und deutsches Volkstum in ihrer besonderen bodenständigen Ausprägung bis an die gegebenen Grenzen lebendig zu bewahren, zu pflegen und zu festigen. Ein Volk geht nur dann den rechten Weg, wenn alle seine Teile über die trennenden Schranken von Klasse und Stand, Religion und politischer Meinung hinweg in aufrichtiger Gemeinschaft zusammenwirken.“

In den Rundbriefen des Alpenländischen Kulturverbandes „Südmark“, die den Titel „Lot und Waage“ tragen, finden sich noch Dutzende ähnlicher Ergüsse. Offenbar gilt für die Mitarbeiter der Rundbriefe nicht das Bundesgesetz vom April 1919 über die Abschaffung der Adelsprädikate. Denn in den Rundbriefen schreiben Prinzen und natürlich auch Leute, die sich von

ihrem „von“ vor ihrem Namen nicht trennen können.

Besonders hinterhältig ist ein Artikel, der sich mit den Heimatvertriebenen beschäftigt, in dem diese als Sauerteig des deutschen Volkes bezeichnet werden.

„Sie sind“ — heißt es in einem Beitrag — „durch ihr Schicksal aufgerufen zu dem heiligen Amt, Hüter der ewigen Lebensflamme des deutschen Volkes zu sein, immer und immer wieder davor zu warnen, ein Provisorium sittlich und rechtlich als endgültig zu bejahen und dort als Mahner aufzutreten, wo Gruppeninteressen die Einigkeit bedrohen.“

Das alles war der Österreichischen Bundesregierung bekannt, ehe sie dem Nationalrat die Regierungsvorlage 709 übermittelte. Auch die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei wurden zeitgerecht und ausführlich von dem Wirken des Vereins „Südmark“

unterrichtet. Dennoch wurde das Gesetz verabschiedet. Die Sozialisten wurden, wie das so oft der Fall ist, niedergestimmt. Das wird sie aber nicht hindern, immer wieder ihre Stimme zu erheben, wenn versucht wird, Organisationen ideell oder materiell zu fördern, die sich von vergangenen Ideologien nicht lösen können.

Mögen die Beispiele der Hitler-Briefmarke und die Transaktion von Vermögenswerten der Republik Österreich an Organisationen, die sich weder in Wort noch in Schrift zu dieser Republik bekennen, den Patrioten in allen Lagern vor Augen führen, daß Wachsamkeit notwendig ist und daß österreichische Patrioten, in welcher politischen Partei sie auch stehen mögen, zusammenhalten sollten, um in Zukunft ähnliches zu verhindern.

Freiheit für Griechenland

Am 21. April 1968 jährte sich zum ersten Male der Tag, an dem in Griechenland durch die Militärjunta Freiheit und Demokratie mit Gewalt zerschlagen wurden.

Aus diesem Anlaß veranstaltete der Verein „Freunde der griechischen Demokratie“ eine Gedenkveranstaltung unter dem Vorsitz von Nationalrat DDr. Bruno Pittermann und Nationalrätin Dr. Hertha Firnberg, an der sich die sozialistischen Freiheitskämpfer mit einer großen Delegation beteiligten.

Die Vorsitzende Hertha Firnberg gab bekannt, daß die griechische Freiheitskämpferin Eleni Vlachos, welche in London im Exil lebt und ihre Teilnahme zugesagt hatte, wegen Passchwierigkeiten am Erscheinen verhindert war. Mit tiefer Bewegung aber hörte die Versammlung die auf Tonband aufgenommene Erklärung von Frau Vlachos an:

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Vor allem möchte ich dafür danken, daß ich die Gelegenheit habe, zu Ihnen zu sprechen, gemeinsam mit einem der großen Männer Europas, Dr. Bruno Pittermann, einem der unermüdetsten Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit. In der Vergangenheit für die versklavten Völker und jetzt für das Land, das seiner Hilfe am meisten bedarf: Griechenland.

Heute ist in Griechenland Ostersonntag. Heute sollten wir voll der Freude sein. Zur Osterzeit steht Griechenland in seinen schönsten Farben, ihre lieblichsten, wilden Blumen blühen, und die Sonne ist milde und das Meer friedlich, und die Glocken läuten in all den Städten und Dörfern; und alles ist voll der Freude über die Auferstehung Christi...

Aber es gibt keine echte Freude zur Osterzeit in Griechenland in diesem Jahr. Wir wissen: Es ist Ostern, aber wir wissen auch, daß das griechische Volk auch nicht für ein paar Stunden das Leid vergessen kann, das es umgibt.

Sie wissen, daß sie alle Gefangene sind. Ob in einer Gefängniszelle oder unter Hausarrest — sie befinden sich alle in einem unsichtbaren Käfig, unter ständiger Überwachung, unter der Drohung von Verhaftung, Exil oder Mißhandlung.

Niemand in Griechenland kann seine Meinung frei äußern. Keine Zeitung kann den Druck verleumderischer Propaganda seitens der Offiziere zurückweisen.

Der Belagerungszustand, das Kriegsrecht sind noch immer aufrecht — ein Jahr nach dem Putsch —, und das Regime wagt es, von einem „Zustand des Friedens und des Glücks und der Ruhe“ zu sprechen... Es ist noch immer aufrecht, weil sich die Militärs nur so lange an der Macht halten können, solange sie das Gesetz vergewaltigen und niemand Rechenschaft abzulegen haben.

Nur mit Gewalt, nur mit Waffengewalt, nur mit Panzern, die ihnen von der NATO zur Verfügung gestellt werden, können sie sich an der Macht halten. Dies kann nicht oft genug hinausgeschrien werden, und es ist die unverrückbare Wahrheit. Denn die griechische Junta hat keine eigene Macht. Keine Waffen, keine Anhänger, keine Freunde, niemand.

Nehmt ihnen die NATO-Tanks weg oder sendet

diese Kriegsfahrzeuge an die Grenzen Griechenlands, dort, wo sie hingehören, und die Diktatoren werden innerhalb von wenigen Stunden gestürzt sein.

Es ist entsetzlich, aber wahr: Wir Griechen sind einer NATO-Diktatur unterworfen, von der NATO ausgerüstet, von der NATO gelenkt.

Die griechische Armee wird als Polizeitruppe eingesetzt, um das Volk einzuschüchtern und zu unterdrücken. Es ist eine Schande und gleichzeitig eine große Gefahr. Denn es wird ein Beispiel gesetzt, der Bazillus kann sich ausbreiten... Vor dreißig Jahren, nach dem ersten Weltkrieg, haben die großen internationalen Organisationen die Freiheit und die Gerechtigkeit schützen wollen; aber als sie ihren Einfluß einbüßten, endete es in der Aufrichtung eines totalitären Regimes nach dem anderen.

Ein Jahr ist vergangen. Die Militärs haben ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt. Nicht ihre schlimmsten Feinde haben ein derartiges Debakel vorausgesehen. Sie haben die Armee korumpiert und demoralisiert, und sie haben alle politischen Parteien und alle griechischen Persönlichkeiten zum Feind. Sie sind gegen Karamanlis und Papandreou, gegen Kanellopoulos, gegen den König, gegen jeden, der auf Grund von Fähigkeit und Leistung etwas erreicht hat. Sie haben tausende Beamte entlassen, sie haben die kultiviertesten und bedeutendsten Professoren an den Universitäten von Athen und Saloniki als „unfähig“ bezeichnet, sie haben Tausende ins Gefängnis geworfen ohne auch nur den Schein gerichtlichen Verfahrens. Sie haben sie als „Feinde des Staates“ gebrandmarkt, nur deshalb, weil sie nicht bereit waren, der Junta zu huldigen. Denn die Erniedrigung, der Kniefall, sind zur Zeit die einzigen Methoden, um in Griechenland zu überleben...

Und all das ist das Ergebnis eines einzigen Umstandes: daß diese Militärdiktatur von einer internationalen Organisation mit Waffen ausgerüstet wird.

Noch ist es Zeit, daß diese Organisation und andere internationale Organisationen die Junta zwingen, ihre Versprechungen einzuhalten. Noch ist es Zeit. Denn wenn die Junta ihre eigenen Waffen, ihre eigene Munition hat, ist es zu spät.

Zwingt sie, die Pressefreiheit zurückzugeben. Zwingt sie, das Land für freie Wahlen vorzubereiten. Zwingt sie, das Falschspiel mit der neuen Verfassung aufzugeben. Zwingt sie, bevor es zu spät ist.

Denn das griechische Volk allein ist zu schwach, um das Joch abzuwerfen. Den Millionen, die sich gegen die Junta auflehnen, fehlt es an Geld, an Macht, an Schutz, an Hilfe. Wie sollen sie es mit den Diktatoren aufnehmen, mit den Vereinigten Staaten und den übrigen Alliierten des Westens, die alle — ob freiwillig oder unfreiwillig — hinter der Junta stehen?

Österreicherinnen und Österreicher!

Mit eurer Hilfe werden wir die Freiheit wieder erlangen. Mit eurer Hilfe können wir das Land vor dem Untergang retten.

ES LEBE GRIECHENLAND

ES LEBE DIE FREIHEIT

Freundschaftstreffen

DER SOZIALISTISCHEN FREIHEITSKÄMPFER ÖSTERREICHS

Sonntag, 15. September 1968

in der schönen Eisenstadt STEYR

mit politischem und künstlerischem Programm.

Die Landesverbände werden ersucht mitzuteilen,
ob sie am Treffen teilnehmen,
wie viele Teilnehmer zu erwarten sein werden,
wann sie in Steyr eintreffen werden.

Die Wiener und niederösterreichischen Teilnehmer (aus der näheren Umgebung
Wiens) fahren um 7 Uhr mit Autobussen von einem
zentralen Sammelplatz ab. Der Fahrpreis wird zirka
S 68.— betragen.

Wir bitten um ehestmögliche Anmeldung mit gleichzeitiger Bestellung eines
Mittagessens.

Anmeldungen nehmen alle Bezirksfunktionäre gerne entgegen.
Das nähere Programm — und die Menüpreise — geben wir noch rechtzeitig
bekannt.

Wir würden uns freuen, Freiheitskämpfer aus allen Bundesländern in Steyr
begrüßen zu können!

Freundschaft!

DER BUNDESVORSTAND

DER SOZIALISTISCHEN FREIHEITSKÄMPFER



KLANZEK-DREH



Bausteine

Ihres Vermögens sind Einlagen auf Ihr Sparkassenbuch. Sparen Sie regelmäßig. Und Ihr Vermögen und Ihr Wohlstand werden wachsen. Denn bedenken Sie: Zinsen tragen Zinsen. Wir bieten verschiedene Sparformen. Wählen Sie daraus die günstigste für Sie. Wir arbeiten für Sie. Ihr Vorteil!

ZENTRALSARKASSE
DER GEMEINDE WIEN

Aus dem Wiener Landesverband

Leopoldstadt

Jahreshauptversammlung am 11. März 1968

An einem historischen Tag hielten wir diesmal unsere Jahreshauptversammlung ab, denn vor 30 Jahren ist die Regierung Schuschnigg zurückgetreten, und so konnte Österreich kampfflos von deutschen Truppen besetzt werden. Zwei Tage später hat unsere Heimat die Selbständigkeit verloren, sie wurde die „Ostmark“. Der Leidensweg vor allem der jüdischen Bevölkerung, aber auch der politisch „Unverlässlichen“ begann, und aufrechte Demokraten oder aus religiösen und rassistischen Gründen Verfolgte wurden in die Zuchthäuser und Konzentrationslager eingeliefert.

Zu dieser Feststellung fühlte sich unser Obmann Coudek vor Eingang in die Tagesordnung verpflichtet. Er begrüßte dann den Referenten Bezirksobmann Genossen Robert Uhlir. Ferner wurden vom Bezirksvorstand die Genossinnen Stella Klein-Löw, Leopoldine Schlinger sowie die Genossen Skritek, Sagmeister und Schranz herzlich begrüßt.

Nachher wurde der verstorbenen Funktionäre und Mitglieder in einer Trauerminute gedacht. Unter denen, deren Tod wir beklagen, sind Heinrich Hikker, Max Koppe, Gustav Weiger und die Genossin Elisabeth Strudl. Sie alle gehörten der Bezirksleitung seit der Gründung des Bundes an.

Genosse Uhlir verwies in seinem Referat auf die derzeitige politische Situation und befaßte sich vornehmlich mit den Maßnahmen der ÖVP-Alleinregierung, welche der Bevölkerung so schwere Lasten auferlegen. Die Wahlen in einigen Bundesländern lassen bereits die Unzufriedenheit der Wähler mit der ÖVP-Regierung erkennen, denn wir haben überall Stimmen und Mandate gewonnen. Nun gilt es, für die nächsten Nationalratswahlen die Aufklärungsarbeit zu intensivieren und die Menschen dafür zu gewinnen, daß sie bei der kommenden Entscheidung das Wahlergebnis vom März 1966 revidieren.

Das Referat von Genossen Uhlir wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Sodann brachte der Obmann den Tätigkeitsbericht für die letzten zwei Jahre. In dieser Zeit fanden 104 Sprechtagung statt, in denen 208 Ratsuchende Auskünfte erhielten. In 14 Ausschusssitzungen wurde die Organisationsarbeit besprochen und die notwendigen Beschlüsse gefaßt. Wir nahmen auch an allen Bezirksveranstaltungen teil. Großen Anklang fand die Ausstellung „Nie wieder“, welche im Bezirksheim gezeigt wurde. Ferner sprach Genosse Coudek über die Verbesserungen in der 19. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, die sich besonders bei den Renten auswirken.

Abschließend berichtete er noch von dem Beschluß der Bundeshauptversammlung, wonach im Bund junge Menschen als unterstützende Mitglieder aufgenommen werden können. Voraussetzung dafür ist, daß diese sich zum Freiheitsrecht bekennen und keiner Organisation angehört haben, die sich gegen die Demokratie richtet. Der Kassa- und Kontrollbericht wurden zur Kenntnis genommen. Über Vorschlag des Wahlkomitees wurden in die neue Bezirksleitung folgende Genossinnen und Genossen gewählt:

1. Obmann: Fritz Coudek.
2. Obmann: Arthur Schlesinger.
1. Kassier: Robert Landau.
2. Kassier: Paula Sofka.
1. Schriftführer: Agnes Lewinson.
2. Schriftführer: Max Grünwald.

Kontrolle: Eduard Chrastek und Stanislaus Kriss.

Genosse Coudek teilte noch mit, daß der Film über Israel — „Wie es war und wie es ist“ — zu einem späteren Zeitpunkt gezeigt wird. In Verbindung damit wird auch der Film „Österreichs Widerstand“ vorgeführt.

Genossin Sofka regte an, daß zu dieser Filmvorführung auch andere Organisationen, insbesondere die Jugend, eingeladen werden sollen. Dies wurde mit Zustimmung angenommen.

Mit dem Dank an die Mitarbeiter und dem Ersuchen, weiterhin die Arbeit zu leisten, wird die Versammlung geschlossen.

Landstraße

Am 16. Februar 1968 fand die Jahreshauptversammlung der Bezirksgruppe im Volksheim Landstraße statt. Genosse Franz Adelpoller eröffnete und begrüßte die erschienenen Mitglieder sowie unseren Referenten Genossen Manfred Ackermann herzlich.

Nach einem ergreifenden Nachruf für die verstorbenen Mitglieder Dr. Hans Mandl, Hedwig Reif, Adelheid Keppler, Ignaz Altmar, Wenzel Buresch, Ottokar Huber, Julius Haberzettl, Leopold Bernauer, Franz Trojan und Leopoldine Zwettler und der Trauerminute wurde die Tagesordnung fortgesetzt.

Genossin Werner erstattete den Tätigkeitsbericht der Bezirksgruppe, welcher zur Kenntnis genommen wurde.

Den Kassabericht brachte Genosse Werner, für die Kontrolle sprach Genosse Glatz, diese Berichte wurden ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Der Obmann des Wahlkomitees, Genosse Nowak, brachte den Wahlvorschlag ein, und es wurden einstimmig folgende Genossen und Genossinnen in den neuen Ausschuß gewählt:

- | | |
|-----------------------|--------------------------------|
| 1. Obmann: | Franz Adelpoller. |
| 2. Obmann: | Barbara Werner. |
| 1. Kassier: | Richard Werner. |
| 1. Schriftführer: | Ludwig Havazik. |
| 2. Schriftführer: | Hans Peier. |
| Kontrolle: | Rosa Wopenka und Samuel Glatz. |
| Opferfürsorgereferat: | Frieda Nödl. |

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Barbara Werner, Ludwig Havazik und Richard Werner.

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Barbara Werner, Ludwig Havazik, Richard Werner, Rosa Wopenka, Hans Peier und Samuel Glatz.

Genosse Ackermann beschäftigte sich in seinem Referat mit den Ereignissen und der Entwicklung in der Zeit von 1934 bis in die Gegenwart. Seine Ausführungen wurden mit großem Interesse von der Versammlung aufgenommen, und Genosse Adelpoller sprach dem Referenten den Dank aller aus.

Hernals

Auf der am 1. März 1968 stattgefundenen Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe wurde folgender Ausschuß gewählt:

- | | |
|------------------------------|-----------------------------|
| Obmann: | Robert Blau. |
| Obmannstellvertreter: | Josef Cmejrek. |
| Obmannstellvertreter: | Rudolf Kromer. |
| Kassier: | Hermine Kinder. |
| Kassierstellvertreter: | Ludwig Matzka. |
| Schriftführer: | Johanna Zachoval. |
| Schriftführerstellvertreter: | Fritz Bock. |
| Beisitzer: | Rudolf Geiger. |
| Kontrolle: | Willi Kal.
Fritz Franke. |

Ausgeschieden ist Genosse Hugo Kohn; neu Genosse Fritz Franke.

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Josef Cmejrek, Rudolf Kromer, Hermine Kinder, Fritz Bock; Ersatz: Johanna Zachoval.

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Josef Cmejrek, Hermine Kinder, Rudolf Kromer, Fritz Bock.

Neubau

Die Jahresversammlung der Bezirksgruppe fand am Montag, dem 12. Februar, im Saal der Bezirksorganisation Neubau, Wien 7, Neubaugasse 25, statt.

Obmann Genosse Jeindl eröffnete die Versammlung mit einer herzlichen Begrüßung. Sodann gedachten die Anwesenden in tiefer Trauer unserer verstorbenen Genossen Dr. Emil Maurer und Josef Mahr. Genosse Jeindl sprach Worte des Gedenkens für die Opfer des 12. Februar 1934 und all derer, die im Kampf um Freiheit, Recht und Demokratie das Höchste, ihr Leben, gegeben haben. Nach der Wahl eines Wahlkomitees brachte Genosse Jeindl den Tätigkeitsbericht der Bezirksgruppe für 1967, einen Bericht über die beabsichtigte Gedenkfahrt nach Dachau und über die nächsten Aufgaben der Bezirksgruppe.

Nach dem Bericht der Kontrolle wurde dem scheidenden Ausschuß die Entlastung erteilt. Bei der anschließend durchgeführten Wahl wurden folgende Genossen einstimmig gewählt:

- | | |
|----------------|-----------------|
| Obmann: | Wilhelm Jeindl. |
| Kassier: | Erwin Sommer. |
| Schriftführer: | Heinrich Köbel. |
| Kontrolle: | Eugen Skala. |

Der Obmann dankte dann im Namen der gewählten Genossen für das Vertrauen und schloß die Versammlung mit dem Gelöbnis „Niemals vergessen!“.

Unsere Toten

Dr. Emil Maurer †

Am Freitag, dem 22. Dezember 1967, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Genosse Dr. Emil Maurer. Mit ihm verliert die Bezirksgruppe Neubau des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer einen treuen Genossen. Dr. Maurer war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei seit 1898 und Gründer des Vereins „Volkshaus Neubau“. Nach dem ersten Weltkrieg wurde er Obmann der Bezirksorganisation Neubau und nach Gründung des Republikanischen Schutzbundes auch dessen Obmann. Genosse Dr. Maurer war auch Bezirksvorsteher des 7. Bezirks und übte seine Funktionen treu und gewissenhaft bis zur Zerschlagung der Arbeiterorganisationen im Jahre 1934 aus. Nach seiner Rückkehr aus der Emigration nach dem zweiten Weltkrieg wurde Dr. Maurer Präsident der Kulturgemeinde. Genosse Dr. Maurer wurde im Jahre 1962 für seine Verdienste um die Partei mit der Victor-Adler-Plakette ausgezeichnet. Wir werden unseren Freund Dr. Maurer niemals vergessen.

Josef Mahr †

Unerwartet erreichte uns die Nachricht vom Tode unseres Genossen Josef Mahr, der am Samstag, dem 3. Februar, im 72. Lebensjahr plötzlich verstarb. Mit ihm verliert die Bezirksgruppe einen treuen und verlässlichen Mitarbeiter. Genosse Mahr, der seit 1922 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und des Republikanischen Schutzbundes war, stellte sich nach Wiederherstellung der Demokratie sofort der neugegründeten Partei zur Verfügung, er gehörte als Sektionsfunktionär dem Bezirksausschuß an und war auch bei den Kinderfreunden als Funktionär tätig. Im Jahre 1962 erhielt Genosse Josef Mahr das goldene Ehrenzeichen der Partei verliehen. Wir werden unseren Freund Josef Mahr niemals vergessen.

Döbling

Oskar Passauer †. Am Montag, dem 29. April 1968, verstarb unser ältestes Mitglied, Oskar Passauer, im 91. Lebensjahr. Wieder hat die starke Hand des Schicksals zugegriffen und einen unserer besten Genossen aus unserer Mitte genommen.

Genosse Passauer war ein aufrechter und allseits beliebter Vertrauensmann des Bezirks Döbling. Jahrelang war er 2. Bezirksobmann der Döblinger Bezirksorganisation, Bezirksrat, Präsidialmitglied der Gewerkschaft der Bankangestellten, Bezirksführer des damaligen Döblinger Schutzbundes und in



späterer Folge Kreisleiter des Kreises Nordwest des Republikanischen Schutzbundes. Sprecher der Beamtenschaft der Bankangestellten, Vorkämpfer für ihre Interessen und für die große Idee des Sozialismus. Genosse Oskar Passauer war auch einer von denjenigen, die Mut besaßen, sich einzusetzen und keinen Moment zu zögern, wenn es galt, ein Ziel zu erreichen; ein Kämpfer von echtem Schrot und Korn, treu, verlässlich und unbeugsamen Willens. Mit ihm verlieren der Bezirk Döbling und seine Freiheitskämpfer einen Lehrmeister, der allen ein leuchtendes Beispiel war. Seine Verfolgung durch den Austrofaschismus begann schon im Jahre 1933, in dem er mit seiner Gattin Paula verhaftet wurde. Als am 12. Februar 1934 der Döblinger Schutzbund zur Verteidigung antrat, wirkte sich die gute Schulung der Kampfgefährten durch Passauer aus. Nach seiner Entlassung aus dem Kerker Wöllersdorf trat unser Freund der illegalen Bewegung der revolutionären Sozialisten bei, in der er hervorragend wirkte.

Nach der Machtergreifung Hitlers in Österreich mußte auch unser Oskar seine Heimat Österreich verlassen, er begab sich nach England. 1946 nach Österreich zurückgekehrt, schloß er sich sofort, wie wäre es anders möglich, der Partei und den sozialistischen Freiheitskämpfern an. Trotz seines hohen Alters kassierte er noch Mitgliedsbeiträge in seiner Sektion und nahm regen Anteil an der Mitarbeit der Freiheitskämpfer. Oskar Passauer war Träger der Victor-Adler-Plakette und Inhaber des goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich.

Die Trauerfeier fand am Donnerstag, dem 2. Mai 1968, in der Feuerhalle des Stammersdorfer Zentralfriedhofs statt. Namens der Gewerkschaft der Bankangestellten nahm Abgeordneter Häuser von Oskar Abschied, er hob seine Tätigkeit als Obmann der Pensionistengruppe der Bankangestellten hervor und erklärte, daß Passauer sich als Gewerkschafter durch seine Erfolge und die unermüdete Arbeit um die Nachzahlung der rückständigen Pensionsbeiträge einen Denkstein gesetzt hat.

Namens der Bezirksorganisation und der Freiheitskämpfer Döbling nahm Genosse Karl Mark von unserem dahingeschiedenen Kampfgefährten Abschied. Mark würdigte in bewegten Worten den Lebensweg des treuen Sozialisten Oskar Passauer und dankte ihm für seine 60 Jahre dauernde Tätigkeit in der Partei.

Mit dem „Lied der Arbeit“ wurde die ergreifende Trauerfeier beendet.

Die Beerdigung der Urne fand am Mittwoch, dem 8. Mai 1968, unter zahlreicher Beteiligung seiner Kampfgefährten und Freunde auf dem Döblinger Friedhof statt. Karl Mark nahm zum letztenmal Abschied von unserem dahingeschiedenen ältesten Vertrauensmann des Bezirkes, er gedachte der gnadenlosen Zeit und des Leidensweges unseres Freundes. Im Zuge der Abschiedsrede senkten sich die roten Fahnen der Sektionen des Bezirkes am Grabe unseres Oskar Passauer.

Wir Döblinger Freiheitskämpfer haben einen treuen, mutigen und unerschrockenen ehemaligen Schutzbundführer verloren.

Wir werden unseren Oskar niemals vergessen!

Genosse Johann Schlowak †. Die Bezirksgruppe Döbling verlor diesen treuen und verlässlichen Genossen im 65. Lebensjahr. Wir erfuhren von seinem Tode erst im Mai 1968, und unsere Genossen bedauern sehr, daß man ihm auf dem letzten Weg kein Geleit geben konnte.

Elsa Löwe †. Am 16. März 1968 verstarb unser treues Mitglied Elsa Löwe nach einem qualvollen langjährigen Leiden im Alter von 71 Jahren.

Unsere liebe Kampfgefährtin ist mit ihrem Gatten, der vom 13. März 1938 bis 31. Mai 1938 in Schutzhaft gewesen ist, zu Bekannten in die Schweiz emigriert, da für Österreicher im Reiche des braunen Faschismus kein Platz war. Es gab damals nur Tod oder Emigration.

Unsere Elsa Löwe mußte diese Emigration unter den aller-schlechtesten Verhältnissen durchstehen. Ihr Gatte verstarb am 24. September 1939 an den Folgen der in der Schutzhaft zugezogenen Leiden.

Als dann die Jahre der Unfreiheit endlich zu Ende waren, kehrte unsere treue Gefährtin, an Leib und Seele schwer erkrankt, im Jahre 1946 ohne Habseligkeit nach Wien zurück. Das Kaffeehaus in Nußdorf demoliert und mit Schulden belastet, die Wohnung ihrer Mutter, die als Ortsgruppenstelle der Nazis eingerichtet war, in einem unbewohnbaren Zustand, so fand sie ihre Heimat Österreich wieder.

Elsa Löwe war äußerst beliebt und überall gern gesehen. Beweis dessen die große Beteiligung auf ihrem letzten Wege. Sie wurde am 22. März 1968 im Nußdorfer Friedhof zur letzten Ruhe bestattet.

Wir erfuhren von ihrem Tode erst am 11. April 1968, und unsere Bezirksgruppe bedauert sehr, daß wir ihr nicht auf dem letzten Wege das Geleit geben konnten.

Wir werden unsere Kampfgefährtin im Andenken bewahren!

„Niemand vergessen!“

Josef Kordina †. Am 2. Mai 1968 verstarb unser Mitglied Josef Kordina plötzlich und unerwartet im 59. Lebensjahr.

Am 15. Mai 1968 versammelte sich im Wiener Zentralfriedhof eine große Anzahl seiner Kampfgefährten, Freunde und Bekannten, um von ihrem Freund Abschied zu nehmen. Genosse Kordina gehörte seit seiner frühesten Jugend der sozialistischen Arbeiterjugend und seiner Berufsorganisation, der Gewerkschaft der Metallarbeiter, an. Nach der Gründung des Republikanischen Schutzbundes trat er dem Friedrich-Engels-Zug der Alarmkompanie des Döblinger Schutzbundes bei und war ein treuer, verantwortungsbewußter Kämpfer in den Februartagen 1934, wo er mit uns im Karl-Marx-Hof mit der Waffe in der Hand auf den Barrikaden stand. Nach der Niederschlagung des ungleichen Kampfes verhaftet, schweren Mißhandlungen ausgesetzt, in den Kerker geworfen, wurde er noch in das Anhaltelager Wöllersdorf gesteckt. Nach seiner Entlassung war er, wie es damals üblich war, lange Jahre arbeitslos, da Marxhof-Kämpfer keine Arbeit annehmen durften. Unser Freund war bis zum Einmarsch der deutschen Wehrmacht in der RS tätig und gehörte auch der damaligen Stoßbrigade an.

Als nach einem furchtbaren Krieg der Nationalsozialismus zusammenbrach, war er wieder einer der ersten, die ihre Dienste der neu aufgestellten Polizei anboten, um die junge Republik zu schützen.

Es war unserem Kampfgefährten nicht vergönnt, bis zur Erreichung seiner Altersgrenze dem Staate Österreich zu dienen. Eine tückische Krankheit hatte ihn befallen, und daher mußte er vorzeitig in Pension gehen.

Genosse Johann Haas hielt dem Verstorbenen einen tiefempfundnen Nachruf. Er betonte, wenn auch alles, was an unserem Freund vergänglich ist, der Heimerde übergeben wird, sein Geist und seine Opferbereitschaft für die Idee des Sozialismus werden weiterleben. Haas dankte unserem Pepi Kordina für seine Gesinnungstreue, die er bis zu seinem letzten Atemzug gehalten hat. Möge sie aber auch ein Vorbild für die junge Generation sein, ein lebendes Symbol aus der Zeit von 1934 bis 1945.

Wir werden Josef Kordina niemals vergessen!

Aus den Landesorganisationen

Kärnten

GR Julie Hardinka †. Die Pionierin der sozialistischen Frauenbewegung Kärntens und frühere Gemeinderätin Genossin Julie Hardinka ist am 5. Mai 1968 in Klagenfurt im 89. Lebensjahr verstorben. Schon als Vierzehnjährige mußte sie einen Broterwerb suchen und wurde Arbeiterin in der k. k. Tabakfabrik in Klagenfurt, wo noch jeder zwölfstündige Arbeitstag mit einem Gebet begann. Im Jahre 1903 wurde sie Gründungsmitglied der Tabakarbeitergewerkschaft, in der sie lange Jahre führend tätig war. Julie Hardinka kannte wie keine andere die Not und das Elend der Arbeiterschaft. Sie verspürte es am eigenen Leibe. Genossin Hardinka bekleidete im Laufe der Jahrzehnte viele verantwortungsvolle Funktionen in der Sozialdemokratischen Partei, die sie auch in der Gemeinderat der einstigen Stadt St. Ruprecht bei Klagenfurt entsandte. Weder das Regime des grün-schwarzen Ständestaates, noch die braune Totalität konnten diese Kämpferin weltanschaulich ändern. Ihre Parteitreu und Begeisterung für

die sozialistische Idee waren beispielgebend, für die Gestapo allerdings Grund genug, sie 1944 zu verhaften und lange Zeit im Kerker zu behalten. 1945 befindet sich Julie Hardinka, die alte Tabakarbeiterin, wieder in der ersten Reihe der Patrioten, die mit dem Aufbau der Zweiten Republik begannen. Ihre Verdienste in den chaotischen Maitagen werden in die Geschichte eingehen. Schon vor dem Einmarsch der britischen Truppen war sie eifrig an der Organisation der neuen Kärntner Landesregierung beteiligt und trat 1945 in den provisorischen Klagenfurter Gemeinderat ein. Als sich dieser am 13. März 1946 offiziell konstituierte, führte Gemeinderätin Julie Hardinka als Altpräsidentin den Vorsitz. Sie bekleidete in der SPÖ Klagenfurts verschiedene Vertrauensfunktionen und gehörte dann viele Jahre dem Klagenfurter Gemeinderat an. Genossin Hardinka war jener Funktionärstyp, der in der unerläßlichen Kleinarbeit stets erfolgreich war. Und für ihre großen Verdienste ehrte sie die SPÖ anlässlich ihres 70. Geburtstages mit der Victor-Adler-Plakette, die ihr der damalige Landeshauptmann Wedenig überreichte. Julie Hardinka war wegen ihres konzilianten Wesens allgemein beliebt und wurde unter großer Beteiligung am 8. Mai auf dem St.-Ruprecht Friedhof zu Grabe getragen. Die Kärntner Arbeiterschaft wird ihr ein ehrendes Andenken bewahren — wir werden sie niemals vergessen!

Oberösterreich

Am Samstag, dem 15. Juli 1968, hielt die Bezirksorganisation Braunau des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer im Gasthaus Spritzendorfer die Hauptversammlung ab.

Bezirksobmann Genosse Wilhelm Besterreimer konnte als Gäste den Bürgermeister von Braunau, Genossen Fuchs, und von der Landesleitung als Referenten Genossen Hirsch sowie den Landeskassier Genossen Kalvo da begrüßen. Nach einem würdigen Nachruf für die drei Verstorbenen hielt Genosse Fuchs eine kurze Begrüßungsrede. Im Zuge dieser Begrüßungsworte wies er darauf hin, daß alle Anzeichen dafür sprechen, daß die Vergangenheit und der Faschismus nicht tot sind, und er könne die Versammelten nur dazu ermuntern, in ihrem Bestreben stets Mahner und Warner vor diesen faschistischen Umtrieben zu sein nicht zu ermüden. Auch dann nicht, wenn man sie oft belächelt oder gar verspottet. Mit den Worten: „Hüten wir die Freiheit und die Demokratie, denn sie sind unser wertvollstes Gut“ schloß Genosse Fuchs seine mit starkem Beifall bedankten Begrüßungsworte.

Hierauf brachten der Reihe nach Bezirksobmann Besterreimer, Jank und Ment den Bericht des Obmannes, des Kassiers und der Kontrolle. Genosse Besterreimer brachte in seinem Bericht das starke Erlebnis der Gedenkfeier in Dachau in Erinnerung. Der Bezirkskassier Genosse Jank wies auf die oft sehr schwierige Arbeit des Inkassos infolge der Verstreutheit der Mitglieder im ganzen Bezirk hin. Genosse Ment brachte (in Vertretung des abwesenden Kontrollobmannes) den Kontrollbericht und stellte den Antrag auf Entlastung des Kassiers und des Bezirksvorstandes. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Genosse Hirsch vom Landesverband überbrachte zuerst die Grüße des dienstlich leider verhinderten Landesobmannes sowie des gesamten Landesvorstandes und brachte den Mitgliedern des Bezirkes Braunau die in letzter Zeit eingetretenen Veränderungen in der Landesorganisation Oberösterreich zur Kenntnis. Darüber hinaus machte der Referent auf die Rechte der Opfer auf Grund des Opferfürsorgegesetzes aufmerksam und wies die Mitglieder und Funktionäre auf die Möglichkeiten der Antragstellung bei der Landesregierung hin. Von diesen Möglichkeiten sollen die Anspruchsberechtigten mehr Gebrauch machen, aber stets daran denken, daß jedem Antrag die entsprechenden Nachweise beizuschließen sind, weil dadurch unnötige Verzögerungen in der Erledigung vermieden werden können. Bezüglich der Interventionen des Landesvorstandes beziehungsweise speziell unseres Mitgliedes im Landesopferbeirat, Genossen Kirchschräger, stellt Genosse Hirsch fest, daß solche Interventionen nur dann möglich sind, wenn dem Landesvorstand die entsprechenden Unterlagen zugeleitet werden. Mit dem Hinweis, daß wir nunmehr auch daran gehen müssen, den Beschluß der Bundeshauptversammlung 1966 zu realisieren, welcher die Neuaufnahme auch junger unterstützender Mitglieder ermöglicht und die Erläuterung der statutengemäßen Aufnahmeformalitäten sowie dem Wunsche nach einer weiteren so gedeihlichen Zusammenarbeit von Bezirks- und Landesorganisation, schloß Genosse Hirsch seine Ausführungen.

Die Genossen Besterreimer und Altnationalrat Buttinger nahmen zum Referat als erste Debattenredner Stellung und wiesen darauf hin, daß es in Braunau infolge der etwas verzweigten Lage der Bezirksorganisation und der Überalterung des Funktionärskaders tatsächlich notwendig ist, hier nach jungen Kräften zu suchen, und es wird notwendig sein, auch die Parteileitung etwas mehr einzuschalten. Nichts darf uns an der Ausübung unserer Arbeit für die Sicherheit unserer demokratischen Republik hindern, schloß Genosse Buttinger seine Ausführungen.

Anschließend wurde über Antrag des Altnationalrates Buttinger der alte Bezirksausschuß unter der Führung des Bezirksobmannes Besterreimer einstimmig wiedergewählt.

Der neue Bezirksausschuß setzt sich wie folgt zusammen:

Bezirksobmann:	Wilhelm Besterreimer
Bezirksobmannstellvertreter:	Matthias Ment
Kassier:	Anton Jank
Kassierstellvertreter:	Wilhelm Zimmermann
Schriftführer:	Karl Gurtner
Schriftführerstellvertreter:	Josef Seeburger
Kontrolle:	Richard Muhr Engelbert Goldfuß
Fürsorge:	Kreszenz Amberger Anna Tremel

Genosse Besterreimer dankte für seine Wiederwahl zum Bezirksobmann und versprach, zusammen mit seinem tüchtigen Kassier Jank auch weiterhin die Interessen der Mitglieder des Bezirkes Braunau wahrzunehmen. Nachdem Bezirkskassier Jank noch auf die Notwendigkeit der Kontaktnahme zwischen den einzelnen Mitgliedern gerade zu einem Zeitpunkt, wo vielerorts schon wieder der Faschismus sein Haupt drohend erhebt, hinweist, schloß Bezirksobmann Besterreimer mit dem Dank an den Referenten und die erschienenen Mitglieder für die Mitwirkung die Konferenz mit dem Gruß „Freundschaft“.



Aus Anlaß des dreißigsten Todestages von Otto Bauer legten am 4. Juli 1968 sozialistische Freiheitskämpfer und eine Delegation der sozialistischen Fraktion des Gewerkschaftsbundes mit Präsident Benya an der Spitze, am Grab des großen österreichischen Arbeiterführers im Zentralfriedhof einen mit roten Schleifen geschmückten Kranz nieder. Zum Abschluß sangen die Teilnehmer das „Lied der Arbeit“.

Zur Information

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat am 8. Juli 1968

STRAFANZEIGE

gegen den Verfasser des Buches „Deutschland und die Juden“ an die Staatsanwaltschaft beim Landesgericht für Strafsachen erstattet.

Gleichzeitig wurde das Ersuchen gestellt, den Verfall und zur Sicherung des Verfalls die vorläufige Beschlagnahme des Buches von DDDr. Franz Scheidl „Deutschland und die Juden“ bei Gericht zu beantragen.

Wie uns mitgeteilt wird, haben sich bereits andere Opferverbände unserer Strafanzeige vollinhaltlich angeschlossen.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Robert BLAU, Fritz COUDEK, Anna FALLE, Johann HAAS, Josef HINDELS, Josef HIRSCH, Wilhelm JEINDL, Rudolfine MUHR, Alfred STROER, Barbara WERNER.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1050

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

JEDERZEIT SICHERHEIT



**WIENER
STÄDTISCHE
VERSICHERUNG**

**Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 31. August 1968**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG. Wien V. Rechte Wienzelle 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Jeden 1. u. 3. Mo.
2. Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 96 Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Marktgasse 2 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10/I Jeden 3. Di.
17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Jodlgasse 7 Di. 18.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16. Schuhmeierplatz 17—18 Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Röttergasse 29 (Sekretariat der
Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
18. Gentzgasse 62 Jeden 1. Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 1. u. 3. Mo.
17 bis 18.30 Uhr
22. Donauefelder Straße 259 Jeden 2. Mo.
18 bis 19 Uhr
23. Liesing, Breitenfurter Straße 2 .. Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei:

19. Billrothstraße 48 Jeden 1. u. 3. Di.
(Arbeiterheim Döbling) 17.30 bis 18.30 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Sa.
Bezirkssekretariat der SPÖ 8 bis 12 Uhr
- Mödling, Hartigstraße 13, Jeden 1. Sa.
Buchinger-Heim 9.30 bis 11 Uhr
- Wr. Neustadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Wiener Straße 42, Jeden 1. Mo.
9 bis 11 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr
- Schwechat, Bezirkssekretariat der SPÖ, Körner-Halle Jeden 1. Fr.
16 bis 18 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Permaystraße 2 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44, II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Sa. 9 bis 11 Uhr
Hotel „Schiff“, Hoftrakt, Zimmer 3 Do. 17 bis 18 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Paris-Lodron-Straße 21, Zimmer 30 .. Sa. 10 bis 12 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi.
Zimmer 17 17 bis 19 Uhr

Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22

- Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mi.
(Zimmer 14), Wiener Straße 16 bis 18 Uhr

Tirol:

- Kufstein, Hötzendorferstraße 4